

«Wir hoffen, dass unsere Warnungen endlich ernst genommen werden!»»

Zur aktuellen Situation im Irak

Martin Link

Die Konferenz der Innenminister des Bundes und der Länder hat am 16. November in Nürnberg beschlossen, in Abstimmung mit der UN-Vertretung mit Abschiebungen zunächst von „straffälligen“ KurdInnen in den Nordirak zu beginnen. Bis dato galt lediglich die „freiwillige Rückkehr“ aus amtlicher Sicht als möglich. In Deutschland leben derzeit etwa 75.000 Iraker, die meisten sind als Flüchtlinge gekommen, weil sie unter der Diktatur Saddam Husseins nicht leben konnten oder wollten. Seit 2003 wurde etlichen Tausend Irakern der Flüchtlingsstatus widerrufen (14.000 seit 1.1.2004). Im Ergebnis von solchen Widerrufen und weil etliche irakische Flüchtlinge gar nicht anerkannt worden sind, erscheint die Zahl von 50.000 ausreisepflichtigen nicht übertrieben. Einstweilen hat der Staatsminister im Auswärtigen Amt Gernot Erler dringend vor Reisen in den Irak gewarnt: „Wir hoffen, dass unsere Warnungen endlich ernst genommen werden“. Was ist das also für ein Land, in das der deutsche Amtsschimmel und seine Fachaufsichten Reisen für Deutsche als unzumutbar erachten, die zwangsweise Rückkehr für Flüchtlinge hingegen als gefahrlos bezeichnen?

Die irakische Schriftstellerin, zu Zeiten des Saddam-Regimes politische Gefangene, beschreibt die gegenwärtige Situation in der ägyptischen Wochenzeitung Al Ahram so: „Tausende werden vertrieben. Gefolterte, verstümmelte, verbrannte Leichen tauchen überall auf. Namenlos und ohne Ende werden junge und alte Menschen gefunden, getötet durch einen Kopfschuss. Die Leichen stapeln sich auf den Straßen, werden auf Müllkippen abgeladen oder in die Flüsse geworfen.“ Auf der Webseite der Organisation (www.iraqbodycount.net) wird die Tragödie präsentiert. Toter für Toter, Tag für Tag: ein Toter im Fluss bei Tikrit gefunden, ein Toter, gefesselt und geknebelt im Fluss bei Mahmoudiya gefunden, ein Toter, enthauptet, bei Beiji gefunden, zwei Tote durch Straßenbombe in Falluja, fünf Tote einer Familie durch US-Angriff in Mossul, ein Polizist erschossen im Zentrum von Bakuba.

„Die Iraker sterben wie die Fische in einem vergifteten See“, so ein Händler aus Bagdad. „Ihre Leben sind unwichtig.“ Den Eindruck hat auch das renommierte britische Medizinjournal The Lancet und veröffentlichte im Oktober eine Studie der John-Hopkins-Universität in Baltimore und der Al-Mustansiriya-Universität in Bagdad nach der fast 655.000 Menschen – darunter 3.000 US-Soldaten – durch den anhaltenden Krieg, seine Folgen und die der anhaltenden Besatzung ums Leben gekommen seien. Die Sterberate im Irak ist seit 2003 von 55 auf 133 Tote pro 10.000 Einwohner gestiegen. Rund 600.000 Menschen kamen demnach direkt durch Gewaltanwendung

ums Leben, mehr als 50.000 durch Krankheiten, etwa infolge des weiter verschlechterten Gesundheitssystems. Häufigste Todesursache waren mit 53 Prozent Schussverletzungen, 18 Prozent wurden durch Autobomben getötet, zwölf Prozent durch Luftangriffe. 31 % wurden direkt von US-geführten Besatzungstruppen getötet. Laufend kämen 15.000 Tote pro Monat hinzu.

Kinderärzte schätzen, dass allein in Bagdad mehr als 1.000 Kinder leben, die schlimm traumatisiert sind und dringend eine psychotherapeutische Betreuung benötigen. Eine solche Versorgung von Kindern existiert im Irak aber nicht, es hat sie noch nie gegeben. „Allein im Kinderspital von Basra werden pro Tag rund 40 Patienten aufgenommen, davon 30 mit Durchfall, zehn so schlimm, dass sie Infusionen benötigen. Die hat die Klinik aber nicht, die Kinder sterben“, berichtet die deutsche Ärztin Eva-Maria Hobiger, die als Partnerin der action medeor im Irak arbeitet. Die Kinder sterben auch an Tuberkulose, Lungenentzündung, Hirnhautentzündung und Typhus. Hinzu kommt noch die im Irak früher ausgerottete Armutserkrankung Kala Azar, die, übertragen von Sandfliegen, heilbar ist, aber ohne Medikamente fast immer tödlich verläuft. Darüber hinaus fehlen Chirurgen. Sie haben in Scharen den Irak verlassen. Es gibt jeden Tag dutzende Entführungen und davon sind Ärzte im hohem Maße betroffen.

Das Zentrum für Menschenrechte in Bagdad zählt Menschenrechtsverletzungen der irakischen und ausländischer Streitkräfte. Im ersten Halbjahr 2006 wurden 200 Übergriffe gemeldet. Allein in den Monaten Juli und August wurden es 100 mehr. Amnesty international beklagt in seinem Jahresbericht: „Der politische Zerfallsprozess im Irak förderte religiöses Sektierertum, wodurch Frauen verstärkt in Gefahr gerieten, wegen ihrer Kleidung oder ihres Verhaltens Gewalt zu erleiden.“ In sunnitischen Mehrheitsgebieten finden regelmäßig Attentate auf Shiiten statt. In shiitischen Siedlungsgebieten finden regelmäßig Pogrome gegen sunnitische Personen und Familien statt. Entsprechend eskaliert die Zahl der Inlandsvertriebenen und hat mit 300.000 seit Februar 2006 einen Höchststand erreicht. Das irakische Ministerium für Migration und Vertreibung hat landesweit 51.000 Familien registriert, 9.000 davon allein in Bagdad, wo die Zahl der Obdachlosen völlig außer Kontrolle geraten ist.

Im Irak kursiert ein Witz: „Bush hat beschlossen, dass sich die Iraker sofort aus dem Land zurückziehen sollen“. Tatsächlich ist es vor allem die gut gebildete und noch vermögende Mittelschicht, die ihr Eigentum verkauft und flieht. Gefälschte Dokumente zur Einreise nach Europa sind für rund 10.000 US-Dollar zu haben. Doch die meisten suchen Zuflucht im

«Die Iraker sterben wie die Fische in einem vergifteten See»

kurdischen Nordirak, in der Türkei oder in einem arabischen Nachbarland. Das UNHCR stellt einen „schleichenden Exodus“ fest. Nichtregierungsorganisationen schätzen die Zahl der Flüchtlinge sogar auf 5 Millionen. Über 1 Million sind in Jordanien untergekommen. In Syrien werden schon 800.000 irakische Flüchtlinge – insbesondere Christen und Palästinenser – und monatlich 40.000 weitere irakisch-syrische Grenzgänger gezählt. Alle 6 Monate müssen die Iraker jedoch das Land verlassen, um ein neues Aufenthaltsvisum zu ergattern. Ein striktes Arbeitsverbot zwingt sie in Abhängigkeit von Hilfsorganisationen. Dem Flüchtlingshochkommissar der UN wird derweil das Geld knapp. „Diese wachsende menschliche Katastrophe ist einfach vom Radarschirm der meisten Geberländer verschwunden“, so der Irak-Koordinator des UNHCR Andrew Harper mit Blick auf amerikanische und europäische Hilfszurückhaltung.

Private unabhängige Hilfsorganisationen stehen nicht nur im Fadenkreuz irakischer Aufständischer. Auch die US-Besatzungsverwaltung setzt sie unter Druck, um die Einbettung der unabhängigen NRO-Aktivitäten in das amerikanische Wiederaufbaukonzept – das nach dem Prinzip, nur loyales Bevölkerungsverhalten zu belohnen, funktioniert – zu erzwingen. Die internationalen Hilfsorganisationen – auch die der UN – arbeiten inzwischen sämtlich ausschließlich mit irakischem Personal. Die wenigen internationalen MitarbeiterInnen leben und arbeiten i.d.R. in der von den US-Truppen hermetisch abgeriegelten „Grünen Zone“ in Bagdad. Verlassen sie diese, bewegen sie sich in gepanzerten Fahrzeugen mit bewaffnetem Begleitschutz oder im Hubschrauber. Kontakt mit der einfachen Zivilbevölkerung ist nahezu ausgeschlossen. Unter diesen Bedingungen lassen Wiederaufbauerfolge weiter auf sich warten. Im Land mit den zweitgrößten Ölvorkommen weltweit übernachteten derweil Autofahrer in der Hoffnung, ein paar Liter Benzins zu erheischen, vor den Tankstellen. Im Spätsommer explodierte eine Pipeline in der südirakischen Provinz Diwaniya. Zahlreiche Menschen, Felder und Häuser verbrannten vollständig.

Derweil boomt das Geschäft mit der „Sicherheit“ im Irak. Rund 30% der 45 Milliarden US-Dollar, die von der US-Administration für den Wiederaufbau im Irak seit 2003 gezahlt wurden, werden für Sicherheitsdienste ausgegeben. Solche wie IPOA, die sich als eine „Handelsorganisation, deren Mitglieder im internationalen Geschäft mit Frieden und Sicherheit tätig sind“, vorstellt. Dazu gehört z. B. die Firma Blackwater deren Söldner international aktiv und berüchtigt sind. Auch die private Sicherheitsfirma AEGIS (GB) gehört zu IPOA. Sie stellt private Personenschützer im Irak. Auf ihrer Webseite veröffentlichte AEGIS stolz ein Video, in dem Mitarbeiter der Firma von ihrem kugelsicheren Auto heraus zivile Iraker auf der Straße jagen und töteten (www.uni-kassel.de).

Weitere 25% der US-Wiederaufbaumittel verlieren sich nach Verlauten der Kommission für öffentliche Unbestechlichkeit (CPI) in den Taschen korrupter Politiker. Stuart Bowen, Sonderbeauftragter für den Wiederaufbau des Landes, beziffert den Schaden sogar auf vier Milliarden Dollar jährlich. Es scheint dass landesweit nur der Festungsbau der 592 Millionen US-Dollar teuren neuen US-Botschaft in Bagdad zügig vorankommt.

Schweigender Exodus

Nach Beobachtungen des UN-Hilfswerks für Flüchtlinge (UNHCR), findet im Irak ein „schweigender Exodus“ statt. Seit der US-Invasion im März 2003 ist die Zahl der irakischen Flüchtlinge auf mehr als 1,6 Millionen angestiegen. Nichtregierungsorganisationen schätzen die Zahl sogar auf 5 Millionen. Wer Bargeld weise kann und die bürokratischen Hürden überwindet, findet Aufnahme in Jordanien. Die anderen, viele von ihnen irakische Christen und Palästinenser, fliehen nach Syrien. Rund 40.000 Iraker strömen mittlerweile jeden Monat über die irakisch-syrische Grenze, so der UNHCR-Sprecher Ron Redmond. Vor dem Krieg 2003 lebten in Syrien ca. 100.000 Iraker, heute gibt es mehr als 800.000 irakische Flüchtlinge allein in Damaskus.

Ihre Zukunftsaussichten sind düster. Die meisten leben in den Vororten von Damaskus unter erbärmlichen Bedingungen, alle 6 Monate müssen sie das Land verlassen, um ein neues Aufenthaltsvisum zu bekommen. Zwar werden die Flüchtlingskinder vom syrischen Staat in das Schulsystem integriert und jeder Flüchtling kommt in den Genuss der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Doch gibt es keine Arbeitserlaubnis und ohne Zugang zum ohnehin angespannten syrischen Arbeitsmarkt, sind die Menschen auf Hilfe angewiesen. „Wir haben keine Arbeit, weil hier tausende irakischer Flüchtlinge leben. Doch ohne Arbeit landen wir als Bettler auf der Straße“, fürchtet Haj Jamal, ein 62jähriger Iraker im Gespräch mit dem UN-Informationsnetzwerk. Die Vereinten Nationen müssten sich um sie kümmern, so der verzweifelte Mann. Doch dem zuständigen UNHCR-Büro in Damaskus sind die Hände gebunden. Für das Jahr 2006 beantragte das Büro 1,3 Million US-Dollar, ausgezahlt wurden nur 700.000. Unabhängig von den laufenden Kosten bleibt damit weniger als ein US-Dollar für jeden irakischen Flüchtling.

Im Jahr 2003 betrug der UNHCR-Etat allein für den Irak 150 Million US-Dollar, heute stehen davon nur noch 20%, knapp 30 Millionen, zur Verfügung. „Im Irak hat es in den letzten Jahren die größten Vertreibungen aller UNHCR-Projekte weltweit gegeben“, so Andrew Harper, der Irakkoodinator beim UNHCR in Genf. Doch obwohl immer mehr Iraker fliehen, wird das Geld, mit dem ihnen geholfen werden könnte, immer weniger. „Diese wachsende menschliche Katastrophe ist einfach vom Radarschirm der meisten Geberländer verschwunden“, so Harper.

von Karin Leukefeld, gekürzt aus:
<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Irak/exodus.html>